

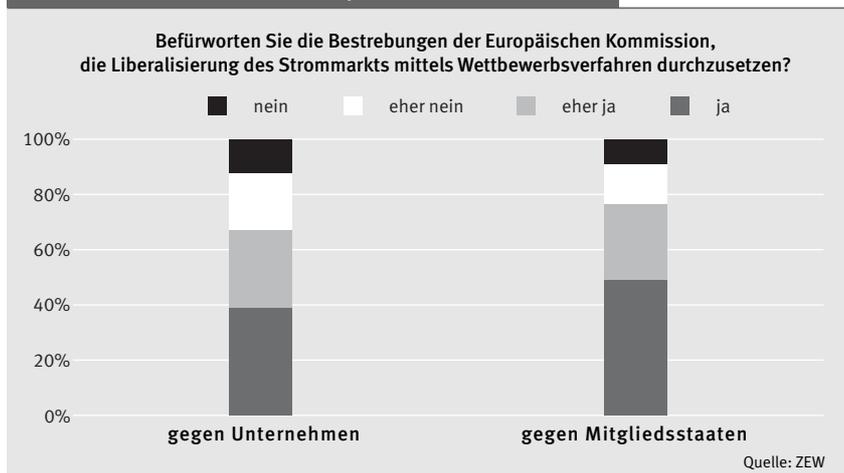
Schwerpunkt Energiamarkt

Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim

Sonderteil ZEWnews · Juli/August 2006

Experten unterstützen Wettbewerbsverfahren der Europäischen Kommission

Wettbewerbsverfahren der Europäischen Kommission



Am 16. Mai 2006 führte die Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission in mehreren Mitgliedsstaaten Hausdurchsuchungen bei Unternehmen der Energiewirtschaft durch, darunter RWE und E.ON in Deutschland. Sie beschlagnahmte Unterlagen, die den Verdacht von Wettbewerbsverstößen beim Netzzugang belegen sollen. Mit der Eröffnung von Kartellverfahren wird gerechnet.

Die Wettbewerbsverfahren der Europäischen Kommission sind auch Thema im aktuellen ZEW-Energiamarktbarometer. Die befragten Experten unterstützen zu rund zwei Dritteln grundsätzlich Kartellverfahren der Europäischen Kommissi-

on. Auf die Frage: „Befürworten Sie die Bestrebungen der Europäischen Kommission, die Liberalisierung des Strommarktes mittels Wettbewerbsverfahren durchzusetzen?“ antworteten in Bezug auf Unternehmen 38 Prozent mit „ja“ und 29 Prozent mit „eher ja“. Die Unterstützung der Wettbewerbsverfahren gegen Mitgliedsstaaten fällt noch deutlicher aus: 49 Prozent der befragten Experten befürworten diese mit „ja“ und noch einmal 28 Prozent mit „eher ja“.

Die Entschlossenheit der Europäischen Kommission kam nicht vollkommen überraschend. „Die europäische Wettbewerbspolitik verfügt über eine Reihe mächtiger Instrumente, um Bedingun-

gen fairen Wettbewerbs in liberalisierten Märkten durchzusetzen. Ich bin entschlossen, unsere Möglichkeiten voll auszuschöpfen.“ Mit diesen Worten stellte die Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes noch im Februar dieses Jahres klar, dass sie gewillt ist, die von der Europäischen Kommission in mehreren Richtlinien formulierten Schritte zur Liberalisierung der Energiemärkte mit allen rechtlichen Mitteln durchzusetzen. An die Unternehmen gerichtet sagte sie: „Wir werden auch die Preismechanismen in Elektrizitätsmärkten untersuchen. Nehmen Sie es als ein freundliches Wort der Warnung, wenn Sie wollen: Wir stehen am Anfang einer Periode harter Durchsetzung von Anti-Kartell-Gesetzen.“

Europäische Kommission kritisiert deutschen Energiemarkt

In der Tat kritisierte die Europäische Kommission ausdrücklich auch die Marktkonzentration, die Intransparenz und die Regulierungspraxis auf dem deutschen Energiemarkt. Im April 2006 gab Andris Piebalgs, der für Energie zuständige EU-Kommissar, in Brüssel Folgendes bekannt: „Die Mitgliedstaaten müssen die Elektrizitäts- und die Erdgasrichtlinie zügig und vollständig nicht nur formell, sondern auch inhaltlich umsetzen. Die Kommission hat nach eingehen-

Das **ZEW-Energiamarktbarometer** stellt eine halbjährliche Befragung von rund 200 Experten aus Wissenschaft und Praxis (Energieversorgungs-, -handels- und -dienstleistungsunternehmen) dar, welche zu ihren Erwartungen hinsichtlich der kurz- und mittelfristigen Entwicklungen auf den nationalen und internationalen

Energiamärkten befragt werden (kurzfristiger Zeithorizont: sechs Monate, langfristiger Zeithorizont: fünf Jahre. Befragungszeitraum: Mai und Juni 2006). Die Ergebnisse der Befragung sind im vorliegenden Schwerpunkt Energiemarkt wiedergegeben.

der Prüfung beschlossen, eine beträchtliche Zahl von Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedstaaten einzuleiten ...“. Insgesamt sind von diesen Verfahren 17 Mitgliedsstaaten betroffen, darunter auch Deutschland.

Im Gegensatz zu vielen Politikern in den EU-Mitgliedsstaaten bevorzugen die Teilnehmer des ZEW-Energiemarktbarometers eine europäische Marktordnung in der Energiewirtschaft. Eine Mehrheit von 67 Prozent wünscht sich eine euro-

päische Aufsichtsbehörde über Strom- und Gasnetze. Nur 18 Prozent sind der Meinung, dass Energiepolitik eine Domäne der Mitgliedsstaaten bleiben sollte. Die Experten wurden auch gefragt, welche Gründe für eine Verlagerung von nationalen Kompetenzen in der Energiepolitik auf die Ebene der EU sprächen, wobei mehrere Antworten zugelassen waren. Vor allem wurden hier die Verstärkung der Verhandlungsposition gegenüber Rohstoffländern (44 Prozent), die

Stärkung des Erzeugerwettbewerbs innerhalb Europas (43 Prozent) und die Harmonisierung der Umweltregulierung (42 Prozent) genannt. Ein weiterer häufig angegebener Grund ist mit 38 Prozent die Beaufsichtigung des Aufbaus eines europäischen Stromnetzes. Weniger häufig nannten die Experten die Koordination der Förderung zukunftsweisender Technologien (32 Prozent) und die Verbesserung der Versorgungssicherheit (28 Prozent).

ENERGIEPOLITIK

Experten bewerten nationalen Energiegipfel kritisch

Am 3. April 2006 hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre Minister Michael Glos (Wirtschaft und Energie), Sigmar Gabriel (Umwelt) und Annette Schavan (Forschung und Bildung) sowie Vertreter der Energiewirtschaft, der privaten und industriellen Verbraucher, der Energieforschung, der Gewerkschaften und des Umweltschutzes zum Energiegipfel nach

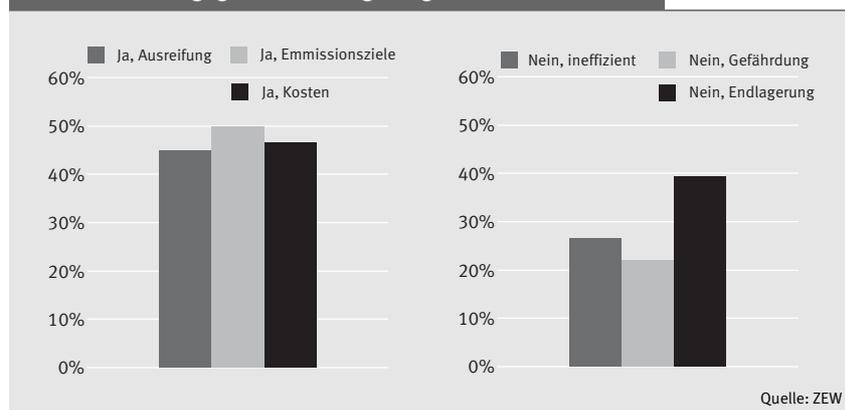
schaft aller Beteiligten erfreut. Die Unternehmen der Energiewirtschaft kündigten an, bis zum Jahr 2012 rund zwanzig Milliarden Euro in neue Kraftwerke und die Energieinfrastruktur zu investieren.

Bundeswirtschaftsminister Glos begrüßte diese Zusagen: „Ich erwarte, dass nun konkrete Taten folgen werden. Ausreichendes Stromangebot und entsprechende Netzkapazitäten auf dem Strommarkt sind wichtig für einen funktionierenden Wettbewerb, dessen Vorausset-

Beschäftigung in Deutschland geben.“

Die Teilnehmer des ZEW-Energiemarktbarometers bewerten den nationalen Energiegipfel kritischer. Weniger als drei Prozent antworteten auf die Frage „Hat der nationale Energiegipfel am 3. April positive Impulse für das Investitionsklima im Energiesektor gebracht?“ mit „ja“ und knapp 37 Prozent mit „eher ja“. Demgegenüber antworteten 49 Prozent mit „eher nein“ und 12 Prozent mit „nein“. Noch wichtiger erscheint die Frage, ob die angekündigten Investitionen ausreichen werden, um die Nachfrage langfristig zu decken. Hier sind die befragten Energieexperten uneins: Eine knappe Mehrheit von 51 Prozent antwortete mit „ja“ gegenüber 49 Prozent mit „nein“. Der hohe Anteil der Skeptiker ist vor allem auch vor dem Hintergrund der fortschreitenden Liberalisierung der Energiemärkte bemerkenswert.

Gründe für oder gegen die Verlängerung der Restlaufzeiten



Berlin eingeladen. Die Teilnehmer diskutierten über die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen der deutschen Energiepolitik bis zum Jahr 2020. Im Mittelpunkt standen die Versorgungssicherheit im nationalen und internationalen Kontext, der zukünftige Energiemix, insbesondere die Rolle erneuerbarer Energien, Energieeffizienz und die Entwicklung neuer Energietechnologien. Merkel zeigte sich über die Ergebnisse des Gipfels und die Kooperationsbereit-

zungen die Regulierungsbehörden [...] derzeit deutlich verbessern.“ Ebenfalls positiv bewertete Bundesumweltminister Gabriel die Ergebnisse des Gipfels: „Mit dem Energiegipfel haben wir einen Diskussionsprozess in Gang gesetzt, der wichtige Impulse für eine innovative Energiepolitik aus einem Guss geben wird. [...] Wir haben den Weg frei gemacht für Investitionen und neue Technologien, die zugleich einen bedeutenden Impuls für mehr Wachstum und

Investitionen in Energieerzeugung

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, inwieweit sich die Liberalisierung auf die Investitionen in Energieerzeugungskapazitäten auswirkt. Hier lassen die Einschätzungen der befragten Experten keine eindeutige Tendenz erkennen. Eine relative Mehrheit von rund 46 Prozent hält die Auswirkungen der Liberalisierung auf die Investitionen in Erzeugungskapazitäten für vernachlässigbar, 29 Prozent schätzen die Auswirkungen positiv, 25 Prozent negativ ein. Diese gespaltenen Erwartungen reflektieren die gegensätzlichen Argumente in der Diskussion um die Liberalisierung. Einer-

seits könnten in einem schärferen Wettbewerb die Gewinne sinken und so Investitionen in Energieerzeugung weniger attraktiv werden. Andererseits könnten Firmen verstärkt in Stromerzeugung investieren, um sich vor volatilen Spotmarkt-Preisen zu schützen oder sogar eigenen Strom zu produzieren.

Neben den Investitionen hatte die Bundeskanzlerin weitere Themen auf die Tagesordnung gesetzt. Nach Auffassung der für das ZEW-Energiemarktbarometer Befragten wurden diese nicht immer ausreichend berücksichtigt. Rund zwei Drittel von ihnen (66 Prozent) hielten die Verbraucherinteressen für nicht ausreichend berücksichtigt, beim wichtigen Thema End-Energieeffizienz waren es sogar 72 Prozent. Das Thema erneuerbare Energien hingegen, so meint eine Mehrheit von 58 Prozent, sei ausreichend berücksichtigt worden.

Verlängerung der Restlaufzeiten deutscher Kernkraftwerke

Keine Ergebnisse erzielte der Gipfel beim strittigen Thema einer möglichen Verlängerung der Restlaufzeiten deutscher Kernkraftwerke. Obwohl der schwarz-rote Koalitionsvertrag den von der Vorgängerregierung ausgehandelten

Ausstieg aus der Kernenergie fest schreibt, kam es in letzter Zeit zwischen den Koalitionären immer wieder zu Auseinandersetzungen zu diesem Thema.

Unter den im ZEW-Energiemarktbarometer befragten Experten befürwortet eine deutliche Mehrheit von 55 Prozent eine Verlängerung der Restlaufzeiten, während rund 35 Prozent dies ablehnen. Zehn Prozent zeigen sich unentschlossen. Die Befürworter führen vor allem die Erreichung der in der EU geltenden Kohlendioxid-Reduktionsziele als Argument für die Kernenergie ins Feld (50 Prozent der Befragten, das sind 78 Prozent der Befürworter, siehe Grafik auf Seite II). An zweiter Stelle mit rund 47 Prozent (73 Prozent der Befürworter) nannten die Experten niedrigere Kosten der nuklearen Stromerzeugung. Rund 45 Prozent (71 Prozent der Befürworter) meinen, dass die Zeit, die für die Ausreifung alternativer, umweltschonender Erzeugungstechnologien benötigt wird, für eine Verlängerung der Restlaufzeiten spricht.

Die Gegner einer Verlängerung der Restlaufzeiten verweisen an erster Stelle auf das Problem der Endlagerung der Kernbrennstäbe (39 Prozent der Befragten oder 92 Prozent der Gegner). 26 Prozent der Befragten (62 Prozent der Gegner) halten den Betrieb der Kernkraftwer-

ke für gesamtwirtschaftlich ineffizient. Erst an letzter Stelle nennen die Gegner die Gefährdung durch Unfälle als Argument gegen die Verlängerung der Restlaufzeiten (22 Prozent der Befragten beziehungsweise 51 Prozent der Gegner). Die Ergebnisse spiegeln die Komplexität der Debatte wieder, die angesichts steigender Strompreise und sinkender Restlaufzeiten sicherlich anhalten wird.

Strategische Gasreserve

Ein weiteres aktuelles Thema, das in Zukunft einer politischen Entscheidung bedarf, ist die Einrichtung einer strategischen Gasreserve in Anlehnung an die bereits bestehende strategische Ölreserve. Eine strategische Gasreserve befürworten 72 Prozent der befragten Energieexperten für Deutschland und 73 Prozent für Europa. Die starke Zustimmung zu einer Gasreserve ist sicherlich vor dem Hintergrund der Streitigkeiten um die Gasdurchleitung zwischen der Ukraine und Russland zu Jahresbeginn zu sehen. In der vorangegangenen Ausgabe des ZEW-Energiemarktbarometers hatten immerhin 47 Prozent der befragten Experten ein Problem in der starken Abhängigkeit Deutschlands von der russischen Gasversorgung gesehen.

ENERGIEPREISE

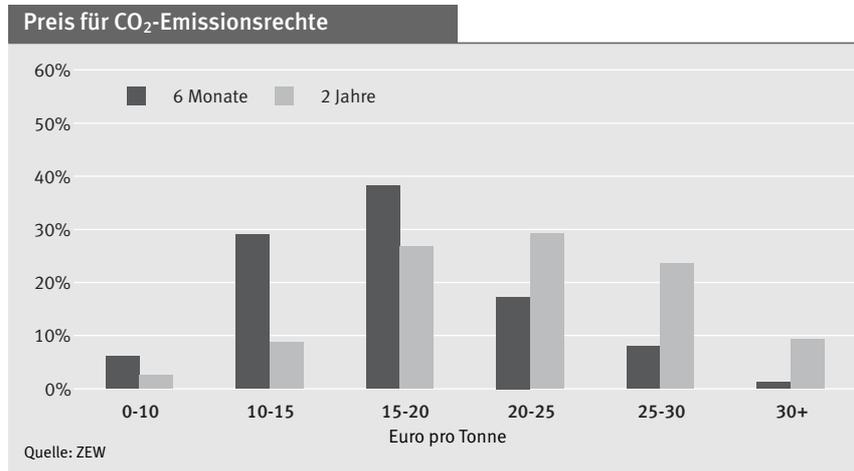
Langfristig weiter steigende Preise bei Strom, Gas und Öl

Die für das ZEW-Energiemarktbarometer befragten Experten erwarten weitere Erhöhungen der Energiepreise in den nächsten fünf Jahren. Dies gilt insbesondere für Elektrizität und Gas.

Die überwältigende Mehrheit von 80 Prozent erwartet für die nächsten fünf Jahre einen steigenden Strompreis für Industrieunternehmen. Etwa 15 Prozent gehen von einem stagnierenden und nur fünf Prozent von einem sinkenden Preis in diesem Zeitraum aus. Die kurzfristigen Erwartungen sind etwas weniger pessimistisch: So erwarten 42 Prozent in den kommenden sechs Monaten einen steigenden Preis, eine Mehrheit von 53 Prozent einen stagnierenden Preis und rund

fünf Prozent einen sinkenden Preis. Zu ihrer Einschätzung kommen die Experten trotz der Ankündigung des Präsidenten der Bundesnetzagentur, Matthias

Kurth, ab 2008 ein Anreizsystem für einen wirtschaftlicheren Netzbetrieb einzuführen. Nach Auffassung der Behörde können so die Kosten beim Betrieb der



Stromnetze um rund zwei Prozent pro Jahr gesenkt werden. Die Netzentgelte machen immerhin rund ein Drittel des Endpreises aus.

Die Erwartung steigender Strompreise in Deutschland dürfte mit den Erwartungen zur Gaspreisentwicklung zusammen hängen. Letztere ist eine wichtige Determinante des Strompreises, die eher auf den internationalen Märkten gebildet wird. Auf lange Frist (fünf Jahre) gehen mit 76 Prozent mehr als drei Viertel der Teilnehmer von einem steigenden Preis aus, während 16 Prozent einen stagnierenden und sieben Prozent einen sinkenden Preis erwarten. Für die kommenden sechs Monate rechnen die befragten Experten für Gas deutlicher als für die anderen Energieträger mit steigenden Preisen. Während 59 Prozent der Energieexperten von steigenden Preisen ausgehen, erwarten rund 39 Prozent einen stagnierenden und nur zwei Prozent einen sinkenden Preis.

Zu einer ähnlichen Einschätzung kommen die Teilnehmer des ZEW-Energiemarktbarometers bei der Ölpreisentwicklung. Auf lange Sicht erwarten mehr als 73 Prozent einen steigenden Ölpreis, gut 17 Prozent gehen von einem stagnierenden und immerhin 10 Prozent von einem sinkenden Preis für Öl aus. Innerhalb der kommenden sechs Monate erwartet eine knappe Mehrheit von 51 Prozent einen steigenden Ölpreis, während 45 Prozent von einem stagnierenden und lediglich knapp fünf Prozent von einem sinkenden Ölpreis ausgehen.

Geringere Preissteigerungserwartungen bei Kohle

Am wenigsten stark ausgeprägt sind die Erwartungen sowohl lang- als auch kurzfristig steigender Preise bei der Kohle. Für die kommenden fünf Jahre gehen knapp 60 Prozent der befragten Experten von steigenden, gut 34 Prozent von stagnierenden und nur sechs Prozent von fallenden Preisen aus. Kurzfristig rechnet mit knapp 34 Prozent nur etwa

ein Drittel der Befragten mit einem steigenden Preis. Fast zwei Drittel (65 Prozent) gehen von stagnierenden und immerhin zwei Prozent von sinkenden Preisen aus.

Europäischer Emissionshandel

Die Einschätzungen der Preisentwicklungen im europäischen Kohlendioxid-Emissionsrechtehandel sind breit gestreut. In sechs Monaten sehen die Befragten den Preis überwiegend (84 Prozent) in einem Korridor zwischen 10 und 25 Euro. Davon erwartet die relative Mehrheit von 38 Prozent einen Preis zwischen 15 und 20 Euro. Die Grafik auf Seite III zeigt eine genauere Aufschlüsselung. In zwei Jahren rechnen die Energieexperten im Mittel eher mit höheren Preisen. Der Korridor der Preiserwartungen verschiebt sich auf 15 bis 30 Euro, in dem die Einschätzungen von rund 80 Prozent der befragten Experten liegen.

Die relative Mehrheit (29 Prozent) erwartet hier einen Preis zwischen 20 und 25 Euro pro Tonne Kohlendioxid.

Die breite Streuung der Erwartungen ist angesichts der starken Preisschwankungen in der jüngeren Vergangenheit wenig verwunderlich. Neu zugängliche Informationen über die tatsächlichen Emissionen der vom Emissionshandel betroffenen Anlagen hatten im Mai starke Kurskorrekturen ausgelöst und den Preis innerhalb weniger Tage von rund 30 auf unter 10 Euro stürzen lassen. Die höhere Preiserwartung in zwei Jahren ist in sofern interessant, als der europäische Emissionshandel sich dann bereits in der zweiten Phase befinden wird, in der die Emissionsbeschränkungen des Kyoto-Protokolls in Kraft sind. Die tendenziell höheren Preiserwartungen deuten darauf hin, dass die Teilnehmer am ZEW-Energiemarktbarometer für die Zeit zwischen 2008 und 2012 eine Verknappung der Emissionsrechte erwarten.

